

## Resolution

### **zur Sitzung des Gemeinderats vom 11. April 2006, TOP 4 „Situation der Roma-Flüchtlinge in Freiburg“**

Freiburg ist eine offene Stadt. Offenheit und Liberalität sind ein hohes Gut, das sich täglich neu erweisen muss. Ein tolerantes Gemeinwesen hat auch in schwierigen Zeiten Verantwortung für all jene zu übernehmen, die hilflos sind und Schutz vor Verfolgung suchen.

Der Gemeinderat der Stadt Freiburg stellt sich schützend vor die verfolgten Minderheiten der Roma, Ashkali und Ägypter, die in unserer Stadt Zuflucht gefunden haben und nun von Abschiebung bedroht sind.

Die Situation der Minderheiten - insbesondere der Roma - im Kosovo ist nach wie vor Besorgnis erregend. Ethnisch motivierte Gewalttaten, Vertreibung, Diskriminierung und Unterdrückung sind an der Tagesordnung. UNHCR und UNMIK warnen vor einer unregelmäßigen Rückkehr von Flüchtlingen, weil sie die ungelösten Inlandsprobleme in allen Bereichen verstärken und das Zusammenleben schwer belasten würde. Durch die Gefahr tätlicher Übergriffe ist für Minderheitenangehörige weder der Schulbesuch noch der Zugang zu einer Arbeitsstelle oder medizinischer Versorgung möglich. Für traumatisierte Flüchtlinge gibt es keine therapeutische Hilfe.

In Freiburg leben derzeit 512 Flüchtlinge aus dem Kosovo, die einer Minderheit angehören. Davon sind 267 Kinder und Jugendliche. 54 von ihnen sind in Freiburg geboren. Die im Kosovo geborenen Minderjährigen verbinden mit ihrem Herkunftsland die Erfahrung von Krieg, Gewalt, Flucht und Vertreibung. Sie haben keine Perspektive dort und wollen in Freiburg bleiben. Ihre schulische Integration ist gelungen; einige von ihnen befinden sich in der Ausbildung.

Sehr gute Kenntnisse der deutschen Sprache, ein für die Herkunftssituation überdurchschnittlicher Schulerfolg und eine geringe soziale Auffälligkeit zeichnen die Gruppe dieser Kinder und Jugendlichen aus. In Artikel 11, Abs.1 der Verfassung des Landes Baden-Württemberg steht: „Jeder junge Mensch hat ohne Rücksicht auf Herkunft oder wirtschaftliche Lage das Recht auf eine seiner Begabung entsprechende Erziehung und Ausbildung“.

**Wir, die Mitglieder des Freiburger Gemeinderates, setzen uns für ein dauerhaftes Bleiberecht der seit vielen Jahren in unserer Stadt lebenden Minderheiten aus dem Kosovo ein.**

Wir fordern, dass Baden-Württemberg sich in der Innenministerkonferenz für eine bundeseinheitliche humanitäre Bleiberechtsregelung zugunsten langjährig geduldeter Flüchtlinge einsetzt. Gleichzeitig fordern wir stärkere Integrationsbemühungen von allen Seiten.

Freiburger Gemeinderat

AUFRUF zur Teilnahme an der Gemeinderatssitzung  
vor und im Freiburger Rathaus!

# Bleiberecht für Roma!

**Kundgebung am Dienstag den 27. April 2010  
ab 16.00 Uhr, Rathausplatz Freiburg**



Am 27. April 2010 steht erneut das Thema: ‚Situation der Roma Flüchtlinge in Freiburg‘ auf der Agenda des Freiburger Gemeinderates. Konkret wird es um eine Positionierung des im Juni 2009 neugewählten Gemeinderates zum Aufenthalt der Roma und anderen Minderheiten aus den Ländern EX-Jugoslawiens gehen. Bereits 2006 hat sich der Freiburger Gemeinderat mit zwei Enthaltungen für ein Bleiberecht von Roma und anderer Minderheiten ausgesprochen. Die Resolution ist auf der Rückseite zu finden.

Inzwischen hat die Bundesrepublik ein Rücknahmeübereinkommen mit dem Kosovo ausgehandelt, das die Abschiebung von bis zu 15.000 Menschen, darunter knapp 10.000 Roma, ermöglichen soll.

Wer bleiben will,  
soll bleiben!



Wir in Freiburg möchten mit der Kundgebung, nach der erfolgreichen Demonstration am 5. Dezember 2009 an der sich knapp 700 Personen beteiligten, ein weiteres Signal gegen jegliche Abschiebungen setzen.

PRO ASYL, die Flüchtlingsräte, die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes / Bund der Antifaschisten (VVN/BdA), Romani Rosi von der Sinti-Union, die Rechtsberaterkonferenz und weitere erinnern an die historische Verantwortung gegenüber den 500.000 im Nationalsozialismus ermordeten Sinti und Roma und fordern ein bedingungsloses Bleiberecht für alle. Caritas und Diakonie haben sich mit einer Petition an den Stuttgarter Landtag gewandt und fordern für die 1.200 in Baden-Württemberg (davon viele in Freiburg) lebenden und von Abschiebung akut bedrohten Roma ein humanitäres Bleiberecht auf Dauer. Der Europarat-Menschenrechtskommissar Hammarberg und die UNICEF haben sich erneut gegen die Abschiebungen ausgesprochen.

# Forderungen an die Gemeinderätinnen und Gemeinderäte!



minirasthaus  
Adlerstr.12  
79098 Freiburg  
info@aktionbleiberecht.de  
www.aktionbleiberecht.de  
Kontakt- und Notrufnummer  
0151 – 28 21 12 52

*jeden Donnerstag  
Treffen ab 20 Uhr*

Wir fordern die Freiburger Gemeinderätinnen und -räte auf, sich konsequent gegen die drohenden Abschiebungen zu stellen. Insbesondere fordern wir die Stadt Freiburg auf, bei allen wichtigen kommunalen Gremien gegen die Abschiebungen zu intervenieren und ihren entschiedenen Protest bei jeder geplanten Abschiebung beim Regierungspräsidium Karlsruhe, als nunmehr zentrale Abschiebebehörde für die südlichen Bundesländer zuständig, anzumelden. Ein erster Schritt hierbei ist die Bestätigung der Resolution von 2006.

Es ist das Verständnis des im April 09 begonnenen kommunalen Prozesses gegen rassistische Diskriminierungen, dass sich immer wieder Menschen kommunal positionieren und versammeln um gegen die von Bund und Land diktierten, repressiven und teilweise menschenverachtenden Entscheidungen zu demonstrieren. Wir rufen deshalb alle Gruppierungen, wie auch die Freiburger Bevölkerung zur Teilnahme an der Gemeinderatssitzung am 27. April 2010 ab 16.00 Uhr auf.



Mobilisieren wir gemeinsam zu  
der Gemeinderatssitzung! Geben  
wir unser Votum gegen jegliche  
Abschiebungen ab.  
**Kommt zahlreich!**

**Zentrale Demonstration gegen Abschiebungen  
und den Deportation Baden-Airpark**

am 8. Mai 2010, 14.00 Uhr in Karlsruhe

*Keine Abschiebungen in den Kosovo und nach Syrien!*

*Wer bleiben will, soll bleiben!*